



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 11.2.2003
SEK (2003) 199 endgültig

EU-NUR FÜR DEN
DIENSTGEBRAUCH

Empfehlung für eine

STELLUNGNAHME DES RATES

gemäß Artikel 5 Absatz 3
der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals für 2003-2006

(Vorlage der Kommission)

EINGESCHRÄNKTE VERTEILUNG

BEGRÜNDUNG

Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹ hatten die an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten dem Rat und der Kommission bis 1. März 1999 Stabilitätsprogramme vorzulegen. Nach Artikel 5 der Verordnung hatte der Rat jedes Stabilitätsprogramm auf der Grundlage von Bewertungen durch die Kommission und den Ausschuss nach Artikel 114 EG-Vertrag (Wirtschafts- und Finanzausschuss) zu prüfen. Die Kommission gab zu jedem Programm eine Empfehlung ab. Auf der Grundlage dieser Empfehlung und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses gab der Rat nach Prüfung des Programms eine Stellungnahme dazu ab. Gemäß der Verordnung können die jährlich vorzulegenden aktualisierten Stabilitätsprogramme vom Rat nach demselben Verfahren geprüft werden.

Das erste Stabilitätsprogramm Portugals für den Zeitraum 1999-2002 wurde im Dezember 1998 vorgelegt und am 8. Februar 1999 vom Rat bewertet². Die erste Fortschreibung des Programms für den Zeitraum 2000-2004 wurde der Kommission im Februar 2000 vorgelegt und am 13. März 2000 vom Rat bewertet³. Die zweite Fortschreibung des Stabilitätsprogramms für den Zeitraum 2001-2004 wurde im Januar 2001 vorgelegt und am 12. März 2001 vom Rat bewertet⁴. Die dritte Fortschreibung für den Zeitraum 2002-2005 wurde im Dezember 2001 vorgelegt und vom Rat am 12. Februar 2002 bewertet⁵.

Portugal hat die vierte und jüngste Aktualisierung seines Stabilitätsprogramms für den Zeitraum 2003-2006 am 17. Januar 2003 übermittelt. Die Kommissionsdienststellen haben das aktualisierte Programm einer technischen Beurteilung unterzogen, wobei sie insbesondere die Mitteilung der Kommission vom 27. November 2002 an den Rat und das Europäische Parlament über die Verstärkung der haushaltspolitischen Koordinierung berücksichtigten⁶. Bei dieser Beurteilung sind sie zu folgender Bewertung gelangt:

Die in der aktuellen Programmfortschreibung enthaltenen Informationen entsprechen weitgehend dem revidierten "Verhaltenskodex betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme"⁷. Das aktualisierte Programm wurde von der Regierung am 20. Dezember beschlossen und dem Parlament vorgelegt, welches es diskutierte und Anfang Januar mit großer Mehrheit u.a. mit den Stimmen der größten Oppositionspartei billigte⁸. Die Fortschreibung wurde daraufhin formell der Kommission unterbreitet. Damit ist die portugiesische Regierung ihrer gegenüber dem Rat am 5. November im Rahmen der Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 eingegangenen Verpflichtung, vor Ende 2002 ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm vorzulegen, wirksam nachgekommen.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997.

² ABl. C 68 vom 11.3.1999.

³ ABl. C 111 vom 18.4.2000.

⁴ ABl. C 109 vom 10.4.2001, S. 4.

⁵ ABl. C 51 vom 26.2.2002, S.8.

⁶ KOM (2002) 668 endg., vom 27.11.2002.

⁷ *"Revised Opinion of the Economic and Financial Committee on the content and format of stability and converge programmes"*, Dokument EFC/ECFIN/404/01 – Rev. 1 vom 27.6.2001; am 10.7.2001 vom Rat "Wirtschaft und Finanzen" gebilligt.

⁸ Eine erste Version der Programmfortschreibung, die mit der letzten nahezu identisch ist, wurde im Dezember 2002 im Internet veröffentlicht.

Alles in allem entspricht die Wirtschaftspolitik, die in den in der Fortschreibung enthaltenen geplanten Maßnahmen zum Ausdruck kommt, weitgehend den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002.

Im Jahr 2002 wurde die Umsetzung der letzten Fortschreibung durch die im Jahr 2001 verzeichneten beträchtlichen haushaltspolitischen Fehlentwicklungen ernsthaft behindert, die den Rat am 5. November 2002 zu der Entscheidung veranlassten, dass in Portugal ein übermäßiges Defizit besteht. Tatsächlich hatte der Umfang der haushaltspolitischen Fehlentwicklungen des Jahres 2001 erhebliche Rückwirkungen im Jahr 2002, nicht zuletzt weil sie so lange nicht erkannt wurden. Dennoch wurde den portugiesischen Behörden selbst in einer Situation unzulänglicher Information im April 2002 klar, dass sich die Haushaltslage ungünstiger entwickelte als in der Fortschreibung des Stabilitätsprogramms vom Dezember 2001 erwartet, so dass Korrekturmaßnahmen vonnöten waren. Daher wurde dem Parlament ein Berichtigungshaushalt vorgelegt, der im Juni Gesetz wurde. Er beinhaltete Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von rund 0,6% des BIP, insbesondere eine Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 17% auf 19% und eine Reduzierung der Investitionsausgaben⁹. Nach der Verabschiedung des Berichtigungshaushalts wurde das neue Defizitziel für 2002 um einen Prozentpunkt auf 2,8% des BIP heraufgesetzt.

Im Jahr 2002 entwickelte sich der Haushaltsvollzug im staatlichen Sektor weniger günstig als im Berichtigungshaushalt projiziert, was in erster Linie auf die unerwartet schwache Wirtschaftstätigkeit (geschätztes BIP-Wachstum von 0,7% gegenüber der ursprünglich projizierten 1¼%), die stockende Inlandsnachfrage, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, und die enttäuschenden Einnahmen aus dem Verkauf staatlichen Eigentums, sowie Budgetüberschreitungen in einigen Bereichen zurückzuführen war. Im Hinblick darauf, das Defizit unter die Marke von 3% des BIP zurückzuführen, und in Anbetracht der Empfehlung des Rates gemäß Artikel 104 Absatz 7 veranlassten diese Entwicklungen sowie Unsicherheiten bezüglich des Ergebnisses für das Gesundheitswesen und die Gebietskörperschaften die portugiesische Regierung, zu Ende des Jahres eine Reihe von Einmalmaßnahmen zu treffen, insbesondere eine Steueramnestie, die insgesamt zusätzliche Einnahmen in Höhe von schätzungsweise rund 1½% des BIP gebracht haben¹⁰. Im Ergebnis wird das öffentliche Defizit des Jahres 2002 von den portugiesischen Behörden nun auf rund 2½% des BIP geschätzt (gegenüber 4,2%¹¹ im Jahr 2001), womit es unter dem Zielwert von 2,8% läge. Eine erste offizielle Schätzung des gesamtstaatlichen Defizits im Jahr 2002 wird mit der Datenmeldung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit verfügbar sein, die bis zum 1. März zu erfolgen hat. Zu diesem Zeitpunkt wird sich die Kommission nach Validierung der Daten durch Eurostat ihre Meinung hierzu bilden; allerdings kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt

⁹ Der Berichtigungshaushalt beinhaltete andere Maßnahmen, insbesondere einen Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor, die Schließung und Zusammenlegung öffentlicher Einrichtungen und die Nichtgewährung neuer Zinssubventionen für Hypothekendarlehen. Außerdem sah der Berichtigungshaushalt den Verkauf von staatlichem Eigentum vor.

¹⁰ Mitte November 2002 erklärte die Regierung ihren Verzicht auf die Erhebung von Zinszuschlägen bei rückständigen Steuer- und Sozialversicherungsbeitragszahlungen, wenn die Zahlungen vor Ende 2002 erfolgten. Die Steueramnestie war ein großer Erfolg und brachte mit zusätzlichen 1367 Mio. € (oder rd. 1% des BIP) erheblich mehr ein als erwartet.

¹¹ Gemäß ESVG-95. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3605/93, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 475/00, belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 4,1% des BIP.

schon gesagt werden, dass das Defizit im Jahr 2002 unter 3% des BIP zurückgeführt wurde.

Die Schuldenquote stieg 2002 um 3,4 Prozentpunkte; dieser Anstieg ist in starkem Maße auf Finanzoperationen in Verbindung mit der Umsetzung einiger Aspekte der Reform im Gesundheitswesen sowie auf die Begleichung von Ausgabenrückständen im Zusammenhang mit den haushaltspolitischen Fehlentwicklungen des Jahres 2001 zurückzuführen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich diese Finanzoperationen in den kommenden Jahren in nennenswertem Umfang fortsetzen.

Das makroökonomische Szenario der Fortschreibung zeigt eine geringfügige Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 1,3% im Jahr 2003 (von einer geschätzten Wachstumsrate von 0,7% im Jahr 2002), welche im Wesentlichen den Herbstvorausschätzungen der Kommissionsdienststellen entspricht. Bedingt vor allem durch die Erholung der Inlandsnachfrage nach dem schleppenden Wachstum der Jahre 2001-2003 rechnet die Programmfortschreibung für den Zeitraum 2004-2006 mit einer allmählichen Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit (von 2,7% im Jahr 2004 auf 3,5% im Jahr 2006), die aus der Korrektur größerer Ungleichgewichte in der Wirtschaft, insbesondere eines erheblichen Zahlungsbilanzungleichgewichts resultieren soll, das im Zeitraum 2000-2001 mit rund 8½% des BIP einen Höchststand erreichte. Bis 2006 wird die Inlandsnachfrage den Projektionen zufolge wieder in ähnlichem Tempo zunehmen wie die gesamtwirtschaftliche Leistung (d.h. um 3½%), während der positive Wachstumsbeitrag der Nettoausfuhren infolge des sich durch die gestiegene Inlandsnachfrage beschleunigenden Einfuhrwachstums von 1¼ Prozentpunkten des BIP im Jahr 2003 auf nahe Null im Zeitraum 2004-2006 sinkt.

Das makroökonomische Basisszenario, auf dem die Programmfortschreibung basiert, erscheint in Bezug auf das Tempo der wirtschaftlichen Erholung plausibel, auch wenn das angenommene Wachstumsmuster in Frage gestellt werden kann, weil es über Gebühr auf der allmählichen Stärkung der Inlandsfrage im Zeitraum 2004-2006 beruht; es ist durchaus möglich, dass der Prozess der Korrektur der derzeitigen größeren makroökonomischen Ungleichgewichte bis dahin nicht abgeschlossen ist, und mit einem solchen Wachstumsmuster werden die Rückwirkungen der Strukturreform auf die Angebotsseite der Wirtschaft offensichtlich nicht in vollem Umfang berücksichtigt.

Das makroökonomische Szenario der Fortschreibung ist im Wesentlichen mit zwei Risiken behaftet. Zum einen könnte das Wirtschaftswachstum auf kurze Sicht infolge der vor allem in Europa verzögerten Konjunkturerholung schwächer ausfallen als projiziert. Zum anderen könnte bei den Lohnabschlüssen im privaten Sektor den inländischen Variablen weiterhin ein übermäßiges Gewicht beigemessen werden, was zu ungerechtfertigten Lohnerhöhungen führen könnte. In diesem Zusammenhang dürfte der Beschluss der Regierung, ab 2003 den Durchschnitt der für das Eurogebiet projizierten Inflation als Orientierungswert für die Lohnverhandlungen im öffentlichen Sektor zu wählen, günstige Auswirkungen auf den privaten Sektor der Wirtschaft haben. Portugal hat seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit für mehrere Jahre verloren. Um eine allmähliche Erholung der Wirtschaftstätigkeit sicherzustellen, wie sie in der Programmfortschreibung projiziert ist, ist es von entscheidender Bedeutung, nicht nur weitere Verluste zu vermeiden, sondern auch die in den letzten Jahren verzeichnete kumulative Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit teilweise wieder rückgängig zu machen.

Diesbezüglich werden die Lohnabschlüsse und die Arbeitsproduktivitätsentwicklungen eine entscheidende Rolle spielen.

Zu den Haushaltsprojektionen ist festzustellen, dass die in der vorigen Programmfortschreibung festgelegten Ziele infolge des Umfangs der haushaltspolitischen Fehlentwicklungen des Jahres 2001 nicht erreicht wurden. Daher wurde der gesamte Anpassungspfad sowohl für das Defizit als auch für den Schuldenstand in der neuen Fortschreibung unter Berücksichtigung der Verschiebungen in den jeweiligen Ausgangspositionen nach oben korrigiert. In der neuen Programmfortschreibung ist eine allmähliche Rückführung der Defizitquote über den Zeitraum 2003-2006 projiziert (2002: 2,8%, 2003: 2,4%, 2004: 1,9%, 2005: 1,1% und 2006: 0,5%). Insbesondere das Haushaltsziel für 2003 setzt beträchtliche Haushaltskonsolidierungsanstrengungen voraus, die zu einem großen Teil aus dem Erfordernis resultieren, den beträchtlichen Umfang der 2002 verabschiedeten Einmalmaßnahmen auszugleichen.

Die Schuldenquote wird den Projektionen zufolge unter 60% des BIP bleiben; sie soll sich zwischen 2003 und 2006 um insgesamt 6 Prozentpunkte auf 52,7% im letzten Programmjahr verringern, womit die zwischen Dezember 2002 und Dezember 2003 registrierte starke Verschlechterung wieder rückgängig gemacht wird, die *unter anderem* aus den haushaltspolitischen Fehlentwicklungen des Jahres 2001 und Finanzoperationen (siehe oben) im Umfang von insgesamt fast 5 BIP-Prozentpunkten resultierten.

Das Haushaltsergebnis des Jahres 2003 ist von zentraler Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung der in der aktuellen Programmfortschreibung enthaltenen Konsolidierungsstrategie. In diesem Zusammenhang wurde in der an die Portugiesische Republik gerichteten Empfehlung des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag die Notwendigkeit hervorgehoben, dafür Sorge zu tragen, dass das öffentliche Defizit im Jahr 2003 weiter auf deutlich unter 3% des BIP reduziert wird, und dass die öffentliche Schuldenquote unter dem Referenzwert von 60% des BIP gehalten wird. Der letzten Schätzung zufolge, in der die portugiesischen Behörden von einem Defizit von 2½% des BIP im Jahr 2002 ausgingen, ist die für 2003 projizierte Reduzierung des tatsächlichen Defizits auf 2,4% daher gering. Die entsprechende Verbesserung des strukturellen Defizits zwischen 2002 und 2003 wird von den Kommissionsdienststellen jedoch mit 2 vollen BIP-Prozentpunkten veranschlagt (von rund 3½% auf 1½%), woran sich zeigt, dass die erhebliche Anzahl der 2002 beschlossenen Einmalmaßnahmen zurückgeführt wird und für 2003 keine neuen einmaligen Maßnahmen geplant sind. Außerdem können auch die derzeitigen ungünstigen Konjunkturbedingungen, die die Einführung zusätzlicher Sparmaßnahmen erforderlich machen könnten, den geplanten Haushaltsvollzug verhindern.

Ab 2004 soll die Haushaltskonsolidierung durch eine Reduzierung der gesamten Primärausgaben im Verhältnis zum BIP erreicht werden, die aus einem umfassenden Strukturreformprogramm, welches Ergebnisse zeitigt, in Verbindung mit einer rigorosen Eindämmung der öffentlichen Konsumausgaben, insbesondere bei den Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst, resultiert. Diese Strategie entspricht den allgemeinen Empfehlungen in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik, mit denen eine in erster Linie auf die Ausgabenseite des Haushalts gestützte Haushaltspolitik befürwortet wird. Sie soll bis zum Ende des Programmzeitraums zu einer nahezu ausgeglichenen strukturellen Haushaltsposition führen und gleichzeitig die

Einnahmeausfälle kompensieren, die aus der beträchtlichen Senkung der Körperschaftsteuern resultieren¹², welche über eine Reihe von Jahren schrittweise abgebaut werden sollen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken.

Nach entsprechenden Berechnungen der Kommissionsdienststellen wird sich die kumulative Verbesserung des konjunkturbereinigten Saldos zwischen 2002 und 2006 auf 2 Prozentpunkte des BIP belaufen (von rund 2% auf Null), was einer Stärkung des strukturellen Saldos von rund 3½ Prozentpunkten entspricht. Der Unterschied ist auf die beträchtliche Anzahl der 2002 beschlossenen Einmalmaßnahmen zurückzuführen, deren Zurückführung im Jahr 2003 eine beträchtliche Verbesserung des strukturellen Saldos erfordert, um in dem genannten Jahr das Defizitziel zu erreichen; daher sind die Anpassungsmaßnahmen vor allem auf das Jahr 2003 konzentriert. Zwischen 2003 und 2006 plant die Programmfortschreibung eine jährliche Reduzierung um rund ½ BIP-Prozentpunkt sowohl beim tatsächlichen als auch beim strukturellen Defizit, so dass am Ende des Programmzeitraums eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition erreicht wird. Dies entspricht den von Portugal im Rahmen der Anwendung des Artikels 104 Absatz 7 eingegangenen Verpflichtungen und würde die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in den späteren Programmjahren bedeuten. Eine Sensitivitätsanalyse legt den Schluss nahe, dass sich der tatsächliche Saldo beträchtlich verschlechtern könnte, wenn das in der Programmfortschreibung enthaltene Szenario mit niedrigeren Wachstumsannahmen tatsächlich eintritt und keine diskretionären Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden.

In der Fortschreibung des Stabilitätsprogramms wird ein ehrgeiziges Strukturreformprogramm systematisch und detailliert dargelegt, welches mit der vom Europäischen Rat in Lissabon definierten umfassenderen Strategie in Einklang steht. Zentrale Ziele dieser Reform sind erstens die Fortsetzung des Haushaltskonsolidierungsprozesses auf einer tragfähigen Grundlage und zweitens die Förderung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft. Fast alle dieser angekündigten Reformen dürften letztendlich positive Rückwirkungen auf die Haushaltskonsolidierung haben, entweder durch die Förderung einer effizienteren Nutzung der Ressourcen oder durch die Verbreiterung der Steuerbasis infolge der erfolgreichen Umsetzung der angebotsseitigen Politikmaßnahmen.

Nach den Berechnungen der Kommissionsdienststellen zur Tragfähigkeit der portugiesischen Staatsfinanzen ist die Einhaltung des in der Programmfortschreibung festgelegten Ziels, bis 2006 eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition zu erreichen, offensichtlich ein notwendiger Schritt zur Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, der jedoch durch eine entschlossene Umsetzung der in der Programmfortschreibung skizzierten Strukturreformen ergänzt werden muss, um die Wachstumsdynamik der altersbedingten Ausgaben zu dämpfen. Nach diesen Berechnungen ist es unbedingt erforderlich, den Schuldenstand erheblich zu reduzieren, bevor die Bevölkerungsalterung auf die Haushaltsposition durchschlägt.

¹² Auch wenn die Reduzierung des Steuersatzes von Maßnahmen zur Verbreiterung der Steuerbasis begleitet werden soll, ist mit der Körperschaftsteuerreform anerkanntermaßen eine Reduzierung der Einnahmen verbunden. Schätzungsweise werden sich die Einnahmehausfälle von 0,2 BIP-Prozentpunkten im Jahr 2004 auf 0,7 BIP-Prozentpunkte im Jahr 2006 erhöhen.

Aufgrund dieser Bewertung hat die Kommission die beigefügte Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals zwecks Weiterleitung an den Rat beschlossen.



Empfehlung für eine

STELLUNGNAHME DES RATES

**gemäß Artikel 5 Absatz 3
der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals für 2003-2006**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹³, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am [7. März 2003] prüfte der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Portugals für den Zeitraum 2003-2006. Nach dem aktualisierten Programm soll sich der gesamtstaatliche Haushalt stetig verbessern und nach einem Defizit von 2,8 % des BIP 2002 im Jahr 2006 ein Defizit von 0,5% des BIP erreichen. Der öffentliche Bruttoschuldenstand soll von 58,8 % des BIP 2002 auf 52,7 % 2006 sinken.

Der Rat stellt fest, dass die neue Programmfortschreibung weitgehend dem revidierten "Verhaltenskodex betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme"¹⁴ entspricht. Das aktualisierte Programm wurde von der Regierung am 20. Dezember beschlossen und dem Parlament vorgelegt, welches es diskutierte und Anfang Januar mit großer Mehrheit u.a. mit den Stimmen der größten Oppositionspartei billigte¹⁵. Die Fortschreibung wurde daraufhin formell der Kommission unterbreitet. Damit ist die portugiesische Regierung ihrer gegenüber dem Rat am 5. November im Rahmen der Empfehlung nach Artikel 104 Absatz 7 eingegangenen Verpflichtung, vor Ende 2002 ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm vorzulegen, wirksam nachgekommen. Der Rat ist der Ansicht, dass die Wirtschaftspolitik, wie sich in den in der Programmfortschreibung geplanten Maßnahmen zum Ausdruck kommt, weitgehend den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002 entspricht.

¹³ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

¹⁴ "Revised Opinion of the Economic and Financial Committee on the content and format of the stability and convergence programmes", Dokument EFC/ECFIN/404/01-Rev. 1 vom 27.6.2001; am 10.7.2001 vom Rat "Wirtschaft und Finanzen" gebilligt.

¹⁵ Eine erste Version der Programmfortschreibung, die mit der letzten nahezu identisch ist, wurde im Dezember 2002 im Internet veröffentlicht.

Das makroökonomische Szenario der Fortschreibung zeigt eine geringfügige Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 1,3 % im Jahr 2003 (von einer geschätzten Wachstumsrate von 0,7 % im Jahr 2002), welche im Lichte der jüngsten verfügbaren Informationen, die auf eine weitere Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2002 hindeuten, recht optimistisch zu sein scheint. Für den Zeitraum 2004-2006 erscheint das in der Programmfortschreibung dargelegte makroökonomische Szenario plausibel, was das Tempo des Wirtschaftswachstums anbelangt (eine durchschnittliche Wachstumsrate von knapp 3 % pro Jahr). Das angenommene Wachstumsmuster, das ausschließlich auf einer allmählichen Zunahme der Inlandsnachfrage beruht, ist jedoch problematisch, weil zum einen die derzeitigen Ungleichgewichte im privaten Sektor bis dahin kaum vollständig beseitigt sein dürften und weil zum anderen die geplanten Strukturreformmaßnahmen günstige Auswirkungen auf der Angebotsseite haben dürften, so dass die Wirtschaft mit einer Stärkung der Exporttätigkeit rechnen kann.

Nach Auffassung des Rates ist es für Portugal entscheidend, wieder ein angemessenes Niveau außenwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Dazu sind Lohnmäßigung und nachhaltige Produktivitätssteigerungen von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat den Beschluss der Regierung, ab 2003 den Durchschnitt der für das Eurogebiet projizierten Inflation als Orientierungswert für die Lohnverhandlungen im öffentlichen Sektor zu wählen. Diese Maßnahme dürfte günstige Auswirkungen auf den privaten Sektor der Wirtschaft haben.

Am 5. November 2002 entschied der Rat in Anbetracht des im Jahr 2001 verzeichneten öffentlichen Defizits von 4,1 % des BIP, dass in Portugal ein übermäßiges Defizit bestehe und richtete eine Empfehlung nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag an Portugal. Nach dieser Empfehlung sollten die portugiesischen Behörden

(i) ihre Haushaltspläne für 2002 entschlossen umsetzen, mit dem Ziel, das Defizit im Jahr 2002 auf 2,8 % des BIP zurückzuführen. Der Rat setzte der portugiesischen Regierung eine Frist bis zum 31. Dezember 2002, um alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das übermäßige Defizit zu beenden;

(ii) die erforderlichen Haushaltsmaßnahmen verabschieden und umsetzen, um sicherzustellen, dass das öffentliche Defizit 2003 auf deutlich unter 3 % des BIP verringert wird und dass der öffentliche Schuldenstand unter dem Referenzwert von 60 % des BIP gehalten wird.

Der Rat nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2002 nach vorläufigen Zahlen trotz des unerwartet schwachen Wachstums auf unter 3 % des BIP zurückgeführt worden ist. Der Rat erkennt die feste Entschlossenheit der portugiesischen Regierung an, ihren Haushalt zu konsolidieren. Im weiteren Verlauf des Jahres 2002 waren die Haushaltsentwicklungen, insbesondere, weil sich die Wirtschaftstätigkeit weiter abschwächte, aber auch wegen der unerwartet niedrigen Erlöse aus dem Verkauf staatlichen Eigentums, weniger günstig als in dem im Juni verabschiedeten Berichtigungshaushalt erwartet. Folglich verabschiedeten die portugiesischen Behörden - um das Defizit, wie vom Rat empfohlen, zurückzuführen - zu Ende des Jahres eine Reihe von Maßnahmen mit vorübergehender Wirkung, die insgesamt zusätzliche Einnahmen von schätzungsweise rund 1½ % des BIP gebracht haben.

Der Rat stellt fest, dass im Jahr 2003 erhebliche Herausforderung bestehen bleiben, um das Defizitziel von 2,4 % des BIP zu erreichen und das Defizit auf einen Abwärtspfad zu bringen. In diesem Zusammenhang scheinen zwei Faktoren besonders kritisch zu sein. Erstens scheint das in dem Programm angenommene BIP-Wachstum von 1¼ % für 2003 in Anbetracht der

jüngsten Wirtschaftsdaten, die eine deutliche Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2002 bestätigen, recht optimistisch zu sein, so dass eine weitere Straffung der haushaltspolitischen Zügel erforderlich sein könnte. Zweitens könnten die in dem Haushalt für 2003 projizierten Maßnahmen nicht ausreichen, um die Einmalmaßnahmen des Jahres 2002 auszugleichen, da ihre entlastenden Auswirkungen nachlassen. Daher fordert der Rat die portugiesischen Behörden nachdrücklich auf, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass das Defizit im Jahr 2003 deutlich unter der Marke von 3 % des BIP bleibt. Eine frühzeitige Korrektur des Haushaltsungleichgewichts dürfte zur Wiederherstellung des Vertrauens der Wirtschaft beitragen. Außerdem ist der Rat der Ansicht, dass eine frühzeitige und entschlossene Umsetzung des in der Fortschreibung des Stabilitätsprogramms ins Auge gefassten umfassenden und ehrgeizigen Strukturreformprogramms das Vertrauen stärken und damit eine raschere Erholung des Wirtschaftswachstums bewirken dürfte.

Der Rat erkennt die projizierte Verbesserung des strukturellen Saldos um über $\frac{1}{2}$ % des BIP pro Jahr an, durch die das strukturelle Defizit von rund $3\frac{1}{2}$ % des BIP im Jahr 2002 im Einklang mit den Empfehlungen nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag bis 2005 auf eine nahezu ausgeglichene Position zurückgeführt wird. Im Jahr 2003 beläuft sich die Verbesserung des strukturellen Defizits jedoch auf etwa 2 Prozentpunkte des BIP, da die Anpassungsbemühungen beträchtlich höher sind, weil die im Jahr 2002 verabschiedeten vorübergehenden Maßnahmen ersetzt werden müssen. Die strukturelle Anpassung im Jahr 2003 würde geringer sein, wenn weitere einmalige Maßnahmen getroffen werden müssten, um sicherzustellen, dass das Defizit deutlich unter dem Referenzwert von 3 % des BIP bleibt. Daher ist die ins Auge gefasste Konsolidierungsstrategie vor allem auf die ersten Programmjahre konzentriert und entspricht den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Darüber hinaus stellt der Rat mit Befriedigung fest, dass sich die verabschiedete Konsolidierungsstrategie vor allem auf die Eindämmung der öffentlichen Ausgaben konzentriert, die zum Teil durch eine straffere Kontrolle der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor und zum Teil durch die entlastenden Auswirkungen eines umfassenden Strukturreformprogramms erreicht werden soll. Eine derartige Strategie steht mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen allgemeinen Empfehlungen im Einklang. Der Rat fordert die portugiesische Regierung nachdrücklich auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Umsetzung dieser Strategie bis zum Ende des Programmzeitraums tatsächlich zu einer nahezu ausgeglichenen fundamentalen Haushaltsposition führt und gleichzeitig die Einnahmehausfälle kompensiert, die aus der angekündigten schrittweisen Durchführung einer erheblichen Körperschaftssteuersenkung resultieren. In diesem Zusammenhang macht der Rat auf die potenziellen Haushaltsrisiken aufmerksam, die bestehen, wenn die beträchtliche Steuersenkung nicht mit einer strikten Kontrolle der öffentlichen Ausgaben einhergeht. Eine Sensibilitätsanalyse legt den Schluss nahe, dass sich der tatsächliche Saldo beträchtlich verschlechtern könnte, wenn das in der Programmfortschreibung enthaltene Szenario mit niedrigeren Wachstumsraten tatsächlich eintritt und keine diskretionären Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden.

Der Rat stellt fest, dass die öffentliche Schuldenquote zwar unter dem Referenzwert von 60 % des BIP verharrt, in den letzten Jahren jedoch gestiegen ist. Der Rat begrüßt die Absicht der portugiesischen Behörden, den Schuldenbestand bis 2006 auf 52,7 % des BIP zu senken und somit die starke Verschlechterung zwischen 2000 und 2002 wieder rückgängig zu machen. Die Reduzierung der Schuldenquote über den Programmzeitraum soll durch eine schrittweise Verbesserung des Primärüberschusses erreicht werden, in Verbindung mit der Annahme, dass in den kommenden Jahren per Saldo keine größeren Finanzoperationen getätigt werden.

Nach Ansicht des Rates ist bei der Fortführung der derzeitigen Politik das Risiko nicht mehr tragfähiger öffentlicher Finanzen - in Form der sich abzeichnenden Haushaltsungleichgewichte - nicht auszuschließen. Um eine rasche Schuldenreduzierung zu erreichen, bevor die Bevölkerungsalterung auf den Haushalt durchschlägt, muss Portugal daher unbedingt einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss erreichen und daran festhalten. Dies ist ein notwendiger, jedoch nicht ausreichender Schritt zur Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Er muss durch eine entschlossene Umsetzung der in der Programmfortschreibung skizzierten Strukturreformen ergänzt werden, um die Wachstumsdynamik der altersbedingten Ausgaben zu dämpfen, die Steuerbasis zu verbreitern und das gesamte Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu steigern.

DECLASSIFIE
DECLASSIFIED